

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

Bezirks-Anzeiger

70. Jahrgang.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft Flöha, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köhler in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von C. W. Köhler in Frankenberg i. Sa.

Erste Seite an jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1 A 50 S, monatlich 50 S. Einzelpreis 10 S. Einrückungen werden in unserer Geschäftsstelle, von den Boten und Ausgabehelfern, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Oesterreichs angenommen. Nach dem Auslande Versand wöchentlich unter Kreuzband.

Kundgebungen sind rechtzeitig aufzugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabetermins. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden. Nr. 61. Telegramme: Tageblatt Frankenberg.

Anzeigensatz: Die 6-gesp. Zeile oder deren Raum 15 S, bei Sozial-Anzeigen 12 S; im amtlichen Teil pro Zeile 40 S; „Eingeladene“ im Redaktionsbüro 35 S. Für schwierige und tabellarische Satz-Aufträge, für Wiederholungsdruck Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Für Nachdruck und Offerten-Aufnahme werden 25 S Extragebühr berechnet. Inseraten-Aufnahme auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditoren.

Bekanntmachung.

Diphtherie-Serum mit der Kontrollnummer 253 — Zweihundertdreißigfünftel — aus der Chemischen Fabrik von E. Merck in Darmstadt ist wegen Abkühlung zur **Einziehung** bestimmt worden.
Dresden, am 10. November 1911.

Ministerium des Innern, II. Abteilung.

Die Aufgabe von Inseraten

erhalten wir im Interesse der rechtzeitigen Fertigstellung und Ausgabe unseres Blattes gefälligst **so zeitig als möglich** erfolgen. Große Inserate erbitten wir und bis **vormittags 9 Uhr**, während kleinere Inserate bis **11 Uhr mittags** Aufnahme finden. Für später einlaufende Anzeigen können wir eine Garantie des Abdrucks in der bezüglichen Abendnummer nicht übernehmen.

Abgesang.

Das November-Gewitter, welches sich im Reichstag entladen hat, hat ganz Deutschland in den tiefsten Tiefen aufgeregt, und die Bewegung wird nachhallen, bis die Keimzellen zur deutschen Volksvertretung stattgefunden haben. Die Marokkoabmachung bildete den unmittelbaren Anlaß zu der anfangsreichen Auseinandersetzung, aber sie ist in den Hintergrund getreten vor den Ereignissen, die sich dazu gesellten. Der Beschluß, den der im Reichstage anwesende deutsche Kronprinz den Forderungen nach einer energischeren Auslandspolitik zustimmte, war die Einleitung für die Periode der Ueberrollungen; weitere Folgeaktionen kann diese Szene nicht zeitigen, sie ist an der Tafel, welche nach Schluß der betreffenden Reichstags-Sitzung das Kaiserpaar, den Kronprinzen, sowie den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und seine Gemahlin miteinander vereinte, zum Ausdruck gebracht worden. Aber die Nachwirkungen der Auseinandersetzungen zwischen dem leitenden Staatsmann und der konservativen Partei, deren Führer die englische Regierung scharf angegriffen hatte, lassen sich schwer absehen. Herr v. Bethmann-Hollweg leitete die Faltung des Abgeordneten v. Seydewitz aus Wohlwollen her, und der letztere wies diese Bemerkung zurück. Die große Bewegung, die im Sitzungssaal bei diesem Zusammenstoß herrschte, bewies, daß der ganze Reichstag die Bedeutung des Voralles erkannt hat.

Diese Rede des verantwortlichen Leiters der Reichsregierung ist in nicht wenigen Kreisen kein „Schwanengesang“ genannt worden, von neuem ist die Ansicht aufgetreten, Herr v. Bethmann-Hollweg wolle die Würde seines Amtes niederlegen. Als er das Erbe des Fürsten Bismarck antrat, erklärte er vor den Reichstagsabgeordneten, daß er über den Parteien stehe, daß seine Nichtsignatur der Zwang und die Pflicht zur gehobenen Arbeit sein werde, die auch die Volksvertreter beherzigen sollten. Der Kanzler hat heute wohl erkannt, daß es unmöglich ist, für immer die Stellung über den Parteien zu behaupten, er ist sich auch bewußt gewesen, was er tat, als er die scharfen Worte gegen den Führer der Partei gebrauchte, auf welche er sich selber gestützt hatte. Daß die liberalen Parteien ihm nicht folgen werden, ist hinlänglich bekannt, ob eine Einigung mit den Konservativen von neuem möglich ist, muß die Zeit ergeben. Wenn es sich auch um eine Angelegenheit der auswärtigen Politik handelte, die Abklärung auf die inneren Verhältnisse ist da, und bis zu den Reichstagswahlen sind es bloß noch zwei Monate, eine kurze Zeit, wenn keine erste Neigung ist, das Geschehene geschehen sein zu lassen und Frieden zu schließen.

Bismarck hat einmal ausgeführt, daß es in der Politik keine Zufälligkeiten geben darf, sondern nur Notwendigkeiten. Und da wäre es für die Reichsregierung und Reichstag gleich dringend erforderlich, unser Ansehen vor aller Welt gerade angeht, das Abschließen des Marokko-Vertrages zu stärken, damit niemand später mit neuen kritischen Vorwürfen kommen könne, es sei von unserer Seite aus zu weit nachgegeben. Zu dieser Befestigung nach außen hin gehört eine parlamentarische Geschlossenheit, die in keiner Weise eine Ansetzung erfahren darf. Frankreich, England, Italien haben verschiedene politische Parteien, aber bei allen Fragen der auswärtigen Politik schwenken sie ein wie die Unteroffiziere. Stürmszenen, wie sie jetzt im Reichstage sich abspielen, sind dort nur eingetreten, wenn wirklich schwere Ereignisse vorlagen. So z. B. erfolgte in Rom der jähe Sturz des ganzen Ministeriums Crispien, als die italienischen Truppen von den Abyssinern geschlagen wurden, und das gleiche Schauspiel fand in Paris nach der Schlacht bei Langson in Ostafrika statt, wo die Franzosen von den Annamiten und chinesischen Schwarzjägern (Serrakubern) bestetzt wurden. Das Opfer war in diesem Falle das Ministerium Ferry. Aber solche Fälle lagen doch bei uns nicht entfernt vor.

Die Verhältnisse bei uns sind kritisch geworden. Die Würde des Kaisers ist unantastbar, und hoch stehen uns auch Reichskanzler und Reichstag. Der Kanzler soll uns ein geistiger Führer der Volksvertretung trotz aller parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten im einzelnen sein, er kann sein Amt nur dann recht verwirklichen, wenn diese Vorbedingung erfüllt ist. Kann sie nicht erfüllt werden, dann ist der Rücktritt nicht zu vermeiden. Das ist eine Tatsache, die jeder erkennt, auch wenn wir keine parlamentarische Regierung haben, allein der Kaiser seinen ersten Ratgeber beruft und ver-

abschiedet. Herr v. Bethmann-Hollweg hat sich zu seinen Posten nicht gedrängt, das muß ihm jeder nachsagen, aber er wird wohl unterschätzt, wenn man denkt, er werde die Platte ins Korn werfen. Und er genießt das Vertrauen des Kaisers. Das Reichsoberhaupt steht dem ganzen Widerstreit abwartend gegenüber; daß er kein anderes Sinnen und Trachten hat, als des Reiches Wohl, wissen wir. Und nur das kann hier entscheiden.

Vom Reichstag.

208 Sitzung vom 11. November.

Am Bundesratsbüro die Staatssekretäre v. Riberien-Wächter, Delbrück, Solf, Bischoff, Krülle und zehnjährige Bundesratsbevollmächtigte. Die Besprechung des Marokko-Abkommens wird fortgesetzt.

Abg. Franke (Soz.): Als jüngst der englische Minister Lloyd George einer deutschfeindlichen Rede des Führers der englischen konservativen Partei entgegentrat, dachte ich, wann wird Deutschland das Reichstagsgesetz annehmen? Ich bin durch das geistige Ausströmen des Reichstages an diesem Entschluß gekommen. Als christlicher Gegner muß ich dem Reichskanzler entgegenhalten, daß er den deutschen Nationalbewusstsein die patriotische Wunde vom Gesicht gerahmt hat. (Beifall links.) Der konservative Wahlparlamentarismus ist in dieser Woche teils gelähmt worden. Die Konservativen haben mit dem deutschen Kanzler ein feigenes Spiel gespielt. Die Kanzler werden gegen die seit Bismarcks Zeiten immer couragierteren, Caprivi schweigend, aber schon Hohenhausen schrieb: Die Junker pfeifen auf das Reich. Bismarck logte bei seinem Abgang: Die Konservativen treiben ein feines Spiel mit den Interessen der Monarchie. Der jetzige Kanzler wirft ihnen vor, daß sie die Interessen des Reiches bewußt schädigen, um ihrer Parteizwecke willen. Ich weiß nicht, ob es noch dieser Kanzler oder sein Nachfolger sein wird, der die letzte Steigerung bringt, der das reichs-schädliche Junkertum an seiner Wurzel, am preussischen Wahlrecht, angreift. (Sehr richtig! links.) Wir wollen aber auch keinen bureaukratischen Absolutismus. Während der Rede Seydewitzs, der ja oft der ungeduldige König genannt wird, hat ein anderer noch ungeduldiger Beschluß gegen die Kronprinz. Wie sich der schwarze oder schwarz-blaue Unkraut-Oberst mit seinem Kriegsherrn abfindet, ist seine Sache. Und interessiert nur die politische Seite, der Anschauungsunterricht, wie er denkwürdiger dem deutschen Volke nicht gegeben werden konnte. Wir müssen daran arbeiten, daß bis zur Zeit, zu der der Kronprinz einmal den Thron zu bestreiten hofft, die Demokratisierung Deutschlands vollendet ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir lassen uns von China beschämen; aber auch im europäischen Reiche der Mitte werden die Hände abgehauen werden. Gleich der Algeciras-Akte, müssen auch die jetzigen Verträge von uns genehmigt werden. Unsere diplomatischen Vertreter weisen an den wichtigsten Posten. Das ganze System ist zusammengebrochen. Die vernünftige Friedepolitik, die der Kanzler in den letzten Tagen bekannt gab, begründen und unterstützen wir durchaus. Er hat leider nicht in allen Stadien der Marokko-Affäre danach gehandelt und muß namentlich offen den Jmed der Entsendung des „Kantner“ nach Agadir darlegen. Nur kleine Interessengruppen wünschen den Krieg, die Wollen den Frieden. Bismarck, der in seiner ersten Rede eine Vorklage forderte, rühte in seiner zweiten von den Konservativen ab. Was es mit dem Gerücht von Antinonanten auf sich hat, zeigt Italien, das ein Schiff voll Viren nach Afrika schickte und dort an Frauen und Kindern Taten vollbrachte, von denen sich die zivilisierte Welt mit Abscheu wendet. Herr v. Seydewitz ist zur Bekämpfung einer Reichsteuer bereit; er gesteht damit ein, daß die Reichsbeamten noch nichts gezahlt haben. Seydewitz schloß mit einem Satz Schluß, daß die Schweizer zum Verfassungsstempel gegen den Landraub, gegen den Landraub aufreibe. Wir wollen diesen Ruf aufnehmen im Kampfe gegen die brutale Klassenherrschaft der Junker. Wir wollen sie niederbringen mit dem Ruf: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig legt an ihre Ehre!“ (Beifall! Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Helldorff (Soz.): Der Kanzler varierte den Konservativen gegenüber den heiligen Vers: „Blamieren“ nicht, mein schönes Kind, und „schimpfen“ nicht unter den Vind. (Heiterkeit.) Wir haben eigentlich keinen Anlaß, in die rein adremitische Erörterung einzutreten. Unsere prinzipielle Stellung in allen Fragen des Völkerrechts ist in bekannter Agende im alldemokratischen Reichstag, der Krieg hing an einem Faden. Das chauvinistische nationalistische Schwarzschwertum will den Frieden weder im Ausland, noch im Inland.

Abg. Gausmann (Soz.): In Erregungszuständen muß man taubstumm bleiben, um den Volkswillen, der ein leitender Gedanke der Staatskunst sein muß, durchsetzen zu können. Es ist ein Verhängnis der Nation, daß sie in dieser historischen Debatte ihren Standpunkt gewahrt hat im bestigen Angriff gegen die Regierung. Herr v. Seydewitz, der das Heberman von Kritik der Unken vorzuwerfen pflegt, hat sich in einer Tadelssucht ergangen, die nicht davor zurücksteht, hier, wo wie dem Auslande gegenüber zu stehen, den Beweis für die Unfähigkeit unserer Geschäftsführer antreten zu lassen. Das ist das Gegenteil einer Stärkung der Autorität der Regierung, das ist nicht Kritik, das ist Gerunterreden. Die Regierung und der Vertreter der Krone sind angeklagt der Friedensliebe (Heiterkeit). Herr v. Seydewitz war gewohnt, der Regierung seinen Willen zu diktiert. Darum war er über jede andere Meinung erbittert, daher die Fortsetzung seiner Deliberationspolitik hier im Reichstage. Wir sind frei in der Kritik, wir stehen in Opposition gegen Bethmann, aber wenn Seydewitz

dem Kanzler davor in den Rücken fällt, dann wird sich das an der konservativen Partei noch schwer rächen. Herr v. Bethmann hat gestern Herr v. Heberbrand das Schwert aus dem Wunde geschlagen. (Beifall! Beifall.) Er hat ihm vorgeworfen, daß er die deutschen Interessen schädigt. Mehr kann man nicht sagen. Alle großen Parteien sind einig darin, daß das Verhalten des Kronprinzen eine Verletzung der öffentlichen Gewalten an der Spitze bedeuten würde. (Beifall! Beifall.) Herr Bismarck dankte ich, daß er klar ausgesprochen hat, daß keine Partei einen Krieg wegen Marokko will. (Beifall.) Deutschland, dessen Volkung nicht schwächlich war, hat wirtschaftliche Vorteile erreicht. Wir bedauern, daß es nicht mehr sind. Seine Friedensliebe hat sich wieder glänzend bewiesen. Das ist keine falsche Politik, sondern eine einig gungbare. Ich hoffe, daß wir in der Kommission einen Schritt weiter machen zu einer größeren Einheitsfront im deutschen Volke, die getragen werden kann von einer Politik der Reichsregierung, die nicht nur die Reichstagen, sondern auch die Kulturbildigen hinter sich hat. (Beifall links.)

Abg. v. Dierck (Soz.): Das Wort, daß wir nicht für uns selbst leben, sondern für die ganze Menschheit, gilt nicht mehr in der Zeit des Raubkrieges gegen Tripolis. (Beifall! Beifall!) Schluß bitten den Redner, sich zu äußern. Die Folgen des Beschlusses auf Marokko lassen sich nicht absehen. Wir fürchten von dem Marokko-Abkommen, daß Frankreich in einem ewigen Krieges von dort große Truppenmassen beziehen werde, und am Kongovetterna, daß uns die Abklärung der Gesellschaften große finanzielle Opfer auferlegen werde. Wir hoffen jedoch, daß schließlich doch trotz aller Rängel aus dem Vertrage für uns Nutzen erwachsen wird.

Staatssekretär v. Riberien-Wächter: Namens der kaiserlichen Regierung protestiere ich aufs entschiedenste gegen die bereits vom Präsidenten gerügte Bezeichnung, die der Vorkredner auf einen zwischen uns bestehenden und einer uns verbündeten Macht geschätzten Krieg angewendet hat. Was es mit der schwarzen Gefahr auf sich habe, zeigt der Krieg von 1870/71. Damals hat Frankreich aus Afrika im ganzen 19000 Mann herangezogen, während 50000 Franzosen in Algerien stehen mußten. Die Vorkredner gegen unsere Vertreter im Ausland weiß ich zurück. Es wird in der Presse und leider auch hier im Hause immer ohne Grund und ohne jede Berechtigung und Sachkenntnis von ihnen behauptet, daß sie nicht informiert seien, und darauf beruft man sich gewöhnlich auf junge Herrn, die den Dienst schon nach ganz kurzer Frist verlassen hätten, aber nicht etwa, weil sie zu gut informiert gewesen wären. (Große Heiterkeit.)

Abg. Erzberger (Soz.): Die Souveränität des Sultans von Marokko war schon seit 1904 nicht mehr vorhanden. Die Regierung hat Fehler gemacht; der Reichstag in diesen drei Tagen aber auch. Die Zukunft Deutschlands hängt von dessen Geist und Energie ab; die auswärtige Politik hat sie zu fördern, darf aber nicht links und rechts durch die ganze Welt tanzen. Marokko ist nicht das Paradies, und Kongo nicht die Hölle. Von allen im Hause gemachten Vorschlägen ist das Regierungsabkommen noch immer das beste.

Abg. Bebel (Soz.): Wenn Erzberger den letzten Satz an die Spitze seiner Rede gestellt hätte, dann hätte er sich alles übrige seiner Rede ersparen können. Die Debatte hat mir viel Vergnügen gemacht. Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht. Das Du II Bethmann-Seydewitz war unabweisbar.

Abg. Dr. Nagel (Soz.): Leider sind die Ausführenden u des Abg. Bebel in keiner Weise bewußtlos. Daß die Sozialdemokratie als solche den Waffenstreich verweigert, ist klar. Tatsache ist, daß zu einer Zeit, wo Deutschland und Frankreich in schwerer Lage befinden, die sozialdemokratische Partei durch diese Protestresolution die Stellung Deutschlands entscheiden aus schwerste gefährdet hat. (Beifall! Beifall!) Jetzt ist es leicht, über den Redakteur Däumling den Stab zu brechen, der den Waffenstreich proklamiert hat. Wollte man sich damals von der heranziehenden Vorkredner gesprochen. Selbstverständlich mußte in Jena diese Erklärung abgegeben werden. (Große Unruhe.) Sie haben den Glauben erweckt, daß das Proletariat in der Lage sei, einen Waffenstreich zu inszenieren. (Große Unruhe und Lärm bei den Sozialdemokraten, Rufe: Das ist unmöglich! Sie sagen!) Dr. Blücher hatte vollkommen recht, zu sagen, daß durch diese Beschlüsse der Friede gefährdet worden sei. Denn wenn die französische Regierung auch so dumm wäre (Lärm bei den Sozialdemokraten: Wie Sie! Heiterkeit) und hätte den Veranlassungen den hohen Wert beigemessen, den Sie ihnen beilegen, so würde sie vielleicht auf die Idee gekommen sein, daß tatsächlich im Falle eines Krieges Deutschland unzeitig sei, und das wäre die beste Möglichkeit gewesen, den Krieg herbeizuführen. Für mich haben große Veranlassungen nur den Wert von großen Problemlösen. Nachdem der türkisch-italienische Krieg unter dem Jubel des italienischen Proletariats begonnen hat, muß ich über solche proletarische Kundgebungen lachen. Die Rede des Staatssekretärs wird uns nicht davon überzeugen, daß tatsächlich in der Diplomatie alles in Ordnung ist. Wenn sich die Regierung von den Parteien abwendet, so wird es ihr vielleicht doch mal angenehm sein, wenn sie sich auf irgend eine Gruppe stützen könnte. Bei einem Kampf zwischen Regierung und Parlament hat sich noch das Parlament gefügt. Wie steht es mit dem Empfang der Reichsvertreter im Auswärtigen Amt? Eine Auswärts-Politik kann nur getrieben werden, wenn die Regierung das Vertrauen der weitesten Kreise besitzt. Wenn der Marokko-Handel den Erfolg hat, daß dies herbeigeführt wird, kann ich mich mit dem Abkommen in allen seinen Teilen befreit erklären. (Beifall! Beifall links.)

Staatssekretär v. Riberien-Wächter: Es ist wieder behauptet worden, daß Auswärtige Amt habe Reichsvertreter dahin instruiert, daß wir in Marokko Land erwerben wollten. Davon